Trotz Spitzelaffäre – Berlin hält an Dialog mit Ditib fest

23. März 2017

Köln/Berlin (KNA) Trotz der Spionagevorwürfe gegen Imame der Türkisch-Islamischen Union (Ditib) hält die Bundesregierung an der Zusammenarbeit mit dem größten Islamverband in Deutschland fest. Dies betreffe sowohl die weitere finanzielle Förderung als auch die Teilnahme der Ditib an der Deutschen Islamkonferenz, berichtet der „Kölner Stadt-Anzeiger“ (Mittwoch) unter Berufung auf eine Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion.

Darin lehne sich die Regierung auch eine Überwachung der Ditib durch den Verfassungsschutz ab. Dafür gebe es keine gesetzliche Grundlage. Die Vorwürfe der Spionage richteten sich „aktuell lediglich gegen von Diyanet nach Deutschland entsandte und bei Ditib eingesetzte Imame“, zitiert das Blatt aus der Antwort der Bundesregierung. Der Grünen-Politiker Volker Beck warf der Regierung zu große Nachgiebigkeit vor. Der religionspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion sagte dem „Stadt-Anzeiger“, es fehle am Willen, „die Machtstrukturen innerhalb der Ditib zu durchdringen“ und die Mechanismen für die Steuerung des Verbands und seiner Unterorganisationen durch die türkische Regierung zu verstehen.

(KNA-rknml-89-00191)

Stand: 27. November 2026